

Artikel vom 20.05.2023

AKU-Niederbayern

Agri-PV hilft für die Zukunft



Die Teilnehmer der Praxisexkursion vor dem Krinner-Werkspavillon Andreas Hallander, Alois Huber mit dem Firmengründer Klaus Krinner, von links mit Ehrengästen.

Agri-PV hilft für die Zukunft

Führung auf dem Straßkirchner Test-Gelände - MdL Ritt referierte

Straßkirchen. Die Krinner-Firmengruppe hat 2021 ein neues Unternehmen gegründet, das sich in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut gezielt um Agri-Photovoltaik (APV) kümmert. Durch die APV-Anlagen kann der Landwirt seine Flächen zu 90 % weiterhin bewirtschaften. Agri-Photovoltaik bezeichnet ein Verfahren zur gleichzeitigen Nutzung von Flächen für die landwirtschaftliche Pflanzenproduktion (Photosynthese) und die PV-Stromproduktion (Photovoltaik).

Agri-Photovoltaik deckt ein breites Spektrum vom Anbau von Sonderkulturen und intensiven Ackerkulturen mit speziellen PV-Montagesystemen bis zu extensiver Beweidung mit marginalen Anpassungen auf der PV-Seite. Damit steigert Agri-Photovoltaik die Flächeneffizienz und ermöglicht den Ausbau der PV-Leistung bei gleichzeitigem Erhalt fruchtbarer Ackerflächen oder in Verbindung mit der Schaffung artenreicher Biotope. Die verantwortlichen Mitarbeiter Andreas Hallander und Alois Huber konnten sich den aus ganz Niederbayern angereisten Mitgliedern des Umweltschutzes zunächst vom Werdegang her und danach im Hinblick auf die innovativen Ansätze des Straßkirchner Agri-PV-Feldes vorstellen. Straßkirchens Ehrenbürger Klaus Krinner,

Landwirtschaftsminister a.D. Helmut Brunner, AKU-Bezirksvorsitzender Dr. Stefan Kluge und der Schambacher AKU-Kreisvorsitzende Hermann Korber waren bei dem Termin dabei und konnten wichtige Aspekte des Modelprojekts herausstellen.

Die verbleibenden zehn Prozent der Fläche unter der PV-Anlage, welche aufgrund der Unterkonstruktion nicht mehr landwirtschaftlich bearbeitet werden können, dienen allen Insekten als hochwertiger Lebensraum und Nahrungsquelle. Die Bundesregierung verfolgt straffe Ziele bezüglich der Energiewende, war man sich einig. Bis ins Jahr 2030 sollen 65 % der elektrischen Energie regenerativ erzeugt werden; dies geht nur, wenn alle möglichen innovativen Ansätze nicht nur diskutiert, sondern auch realisiert werden.

Eines der größten Hemmnisse im Hinblick auf die Neuzulassung von Anlagen sind überbordende Bürokratie und zu starke behördliche Reglementierungen, so Huber und Hallander.

MdL Hans Ritt bestätigte, dass gerade heimische Innovationskraft sowie des die Strategie des "Nachhaltigen Wirtschaftens" mehr Unterstützung bedürfen. Er führte zu einer aktuellen Entscheidung der EU aus. Hintergrund dieses Vorstoßes aus Brüssel ist das für 2050 ausgerufenen Ziel der Nullemissionsgebäude im Kontext des sogenannten „Green Deals“ – eines Klimaschutzprogrammes. Für Immobilien, die diese Standards bis 2030 bzw. 2033 nicht erreichen, ist nach bisherigem Entwurf kein Nutzungsverbot vorgesehen. In Teilen des EU-Parlaments fordert man über die Vorgaben der EU-Mitgliedstaaten hinauszugehen. Ritt befürchtet: „Sollten sich Befürworter eines Nutzungsverbots im Parlament durchsetzen, würde das eine faktische Enteignung zahlreicher Eigentümer bedeuten. „Wenn so ein Nutzungsverbot kommt, dann ist das ein bürokratischer Unsinn, der seinesgleichen sucht. Es ist doch niemandem zu vermitteln, warum in Zeiten von Wohnraumangel aus ideologischen Gründen vorhandene Gebäude nicht mehr genutzt werden dürfen!“, sagte Ritt.

Die Agri-PV-Technologie hat sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt und in fast allen Regionen der Welt verbreitet, bekräftigte Andreas Hallander. Die installierte Agri-PV-Leistung stieg exponentiell von ca. 5 MWp im Jahr 2012 und ca. 2,9 GWp (2018) auf mehr als 14 GWp im Jahr 2020, mit staatlichen Förderprogrammen gerade in manchen Industrieländer nahezu exponentiell, so Huber bei seinen Ausführungen.

Der ehemalige Minister Brunner, Dr. Stefan Kluge und Hermann Korber stellten das Erfolgsmodell der Innovationen der Krinner-Firmengruppe in eine konsequente Folge im Hinblick auf die Sicherung der knapper werdenden Rohstoffe und vor allem vor dem Hintergrund der steigenden Kosten. Bayern muss hier weiter Innovationsmotor bleiben, so der Grundtenor.